



Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P. b. b.
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes Nr. 109/08/15

Das Volk sollte jenen wählen, der offen zugibt, Fehler gemacht zu haben, und nicht denjenigen, der alle List darauf verwendet, begangene Fehler zu vertuschen.

Benedetto Croce (Philosoph, Politiker)

WER SAGT UNS ENDLICH DIE WAHRHEIT?

Ungebremstes Höfesterben, ebensolche Bodenvergeudung und viele Forderungen an die Landwirtschaft. Wer sagt uns Bauern und Bäuerinnen endlich die Wahrheit wie die EU-Landwirtschaft von morgen aussehen soll, was man mit den bäuerlichen Familienbetrieben vorhat? Denn was man von ihnen erwartet, das kennen wir schon – es wird ständig mehr – Wachsen und Weichen? Die Politik streitet dies ab, tut aber nichts dagegen. Die Statistik beweist, dass dem so ist, die Betriebe werden einerseits weniger, andererseits aber größer.

Gewünscht wird Widersprüchliches. Einerseits eine nachhaltig wirtschaftende, naturnahe, flächen-deckende Landwirtschaft, deren Bäuerinnen und Bauern beste Qualitäten erzeugen sollen – quasi um Gotteslohn. Andererseits sind sie aufgerufen zu investieren, zu intensivieren, mehr zu erzeugen – auch für den Weltmarkt – mit immer weniger Nutzgrund, den man vergeudet, verbaut, versiegelt, zweck-entfremdet. Denen man Wettbewerbsgleichheit nicht einmal innerhalb der EU verschafft, etwa durch die Harmonisierung von Steuern, Abgaben, Umweltauflagen und **allumfassend** freien Warenverkehr.

Einer Bauernschaft der man eine „Gemeinsame Agrar-Politik“ vorschreibt, faire Erzeugerpreise vorenthält und damit Qualitätsarbeit diskriminiert, und bei der man selbst mehrjährige Einkommens-verluste negiert und dafür Investitionsförderungen anbietet. Eine Agrarpolitik, die nichts tut gegen das Höfesterben, viel zu wenig gegen Entsidelung, Ausdünnung der Regionen und die daraus erfolgenden Probleme in den Ballungsräumen.

Ja, man kann auch Landwirtschaft ohne Bauern betreiben. Negative Beispiele dafür gibt es genug. Ihr Spitzenpolitiker und ihr verantwortlichen Bauernvertreter sagt doch endlich klipp und klar wie es mit der Bauernschaft weitergehen soll! Aber jetzt!! Nicht immer wieder geradezu feierlich erklären „wir brauchen die bäuerliche Landwirtschaft“, aber die Hände im Schoß falten und tatenlos dem ungebremsten Höfesterben – mitunter auch noch wohlgefällig – zuschauen.

DAS IST EINE RIESENSAUEREI!

Eine so grobe Überschrift sei nicht angebracht? Ja wirklich? Was sagst DU/sagen SIE dazu? Nach drei Jahren hoher Einkommensverluste – hintereinander – welche die Agrarpolitik „nicht einmal negiert“ hat, einer Neuordnung der EU-Prämien, der AZ und des ÖPUL, die dem Großteil der Betriebe nur finanzielle Einbußen bringt und das Wirtschaften nicht einfacher machen, jetzt auch „DAS“ noch. Nicht zu vergessen, dass sehr viele bäuerliche Betriebsführer (beiderlei Geschlechts), witterungs-mäßig schwierige Monate hinter sich haben, ebenso einen Extremsommer mit hohen Dürreschäden, auch in OÖ und gleichsam zum Drüberstreuen dann noch einen enormen, anhaltenden Erzeugerpreis-verfall fast auf der ganzen Linie.

Und nun steht im Informationsblatt der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer vom August 2015 – ohnehin erst auf Seite 20 – „DAS“: „**Aus heutiger Sicht ist die vollständige Auszahlung der Direktzahlungen der 1. Säule sowie von ÖPUL und AZ faktisch nicht möglich.** Ministerium und AMA arbeiten daran, die Auszahlung des **nationalen Anteils** in Form einer Akontierung (maximal 50 %) im Jahr 2015 auszuführen.“

Die hinterfragwürdige Begründung lautet: Neuberechnung der Betriebsprämie, Einführung des Greening, Neuerungen in ÖPUL und AZ und eine Nachreichfrist bis 26. Juni.

Millionen Euro, mit denen die Bauern und Bäuerinnen fix rechnen konnten, werden nur teilweise, maximal mit 50 Prozent noch heuer (im Dezember?), ausbezahlt. Wären denn diese Gelder gemäß EU-Regel nicht noch im Antragsjahr auszuzahlen? Hat man auch das stillschweigend geändert?

Anstatt dass sich die Führungsleute der Interessenvertretung schon vorausschauend für eine zeitgerechte und vollständige Auszahlung einsetzten, wird von ihnen erst im August – und da vorerst nur in NÖ – die Hiobsbotschaft den Pflichtmitgliedern mitgeteilt. Gerade um diese auch noch zu frotzeln, zu provozieren schreibt man dann auch noch: „Gerade heuer wären frühere Auszahlungen wichtig!“

Im Zeitalter der Computer und der schnellen Datenübermittlung ist ja nicht glaubwürdig, dass eine vollständige Auszahlung noch heuer nicht möglich gewesen wäre. Schon VOR dem 26. Juni – denn da ist ja nicht erst dieser Beschluss gefallen – hätte man mit den Vorarbeiten beginnen können. Bis zum 15. Oktober stehen dreieinhalb Monate zur Verfügung und das reicht nicht? Obwohl bei den Bauern heuer der Hut brennt? Es ist ja ohnehin für uns Bauern beschämend finanziell so abhängig zu sein. Geht's denn nicht mit mehr Menschenverstand, Einfühlungsvermögen und Engagement? Wird wieder einmal die Langmut der heimischen Bauernschaft getestet?

Sofern noch ein Funken Selbstachtung in ihnen, den Bäuerinnen und Bauern, steckt, wird auch ihnen eines Tages der Geduldsfaden reißen. Die neuen, sicher sehr belastenden neuen Einheitswertbescheide, werden ja wohl deshalb erst **nach den Landtagswahlen zugeschickt**. – Vielleicht dann?

Alles ohnehin nicht so schlimm? Man braucht doch nur zur Bank zu gehen – heißt es in der Info – und mitzuteilen „die Zahlungen verspäten sich, kommen aber fix und diese wird sicher Lösungen (kostenfreie?) hinsichtlich verspäteter Rückzahlungsvereinbarungen anbieten“. Denn die Landwirtschaft investiert JEDES Jahr Milliarden, wird auch immer dazu animiert. **Auch steuerlich gilt es aufzupassen** – so der Hinweis – bei Betrieben mit Teilpauschalierung und Einnahmen/Ausgaben-Rechnung. Alles kein großes Problem! Die Bäuerinnen und Bauern haben ohnehin Zeit dafür, und in der Bittstellerrolle haben sie auch schon Übung! Aber wenn ihre Steuern und Abgaben fällig werden, da sind schon Termine einzuhalten bzw. wird einfach vom Konto abgebucht, so auch die Kammerumlage. Da gibt's keine Würscht, kein Wenn und Aber.

Kein Wort der Entschuldigung, keinerlei Vorausinformation an die Betriebe, wie: „Man bemühe sich sehr, bedaure die ausnahmsweise verspätete Auszahlung und ersuche um Verständnis“. Nichts! – „Minister RUPPRECHTER werde versuchen in Brüssel eine Ausnahmeregelung zu erreichen, die eine Akontierung heuer noch ermöglicht.“ Jetzt erst!? Der Herr Minister reißt sich wirklich für seine Bauern die Hax'n aus.

Gegen Ende dieses Infoartikels heißt es dann noch: „Bezüglich Berücksichtigung der Direktzahlungen der 1. Säule im Rahmen der Einheitswert-Hauptfeststellung wird derzeit an einer entsprechenden Regelung gearbeitet.“ Erledigung vielleicht Mitte 2016?“ – Nur net hudel! – Für mich, und ich glaube da bin ich nicht allein, ist dies alles eine Riesensauerei. Das ist rücksichtslos und ganz ohne G'spür gegenüber der Bauernschaft.

GENO

3 Mio. SCHWEINE IMPORTIERT ZUR AUSLASTUNG!

Die Schweinebauern sind verzweifelt, denn jedes verkaufte Mastschwein, jedes Ferkel ist ein Verlustbringer. Experten sind ratlos und Politiker zeigen sich hilflos, obwohl es um die Existenz von 25.000 Betrieben geht. Ein ausführlicher Bericht im Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt vom 14.8.2015 wirft Fragen auf. Da ist unter anderem folgendes zu lesen:

„Knapp 5,4 Millionen schlachtreife Mastschweine haben rund 25.000 österreichische Landwirte 2014 erzeugt. (Dieselbe Zahl ‚Schweinebauern‘ in Deutschland erzeugte 55 Mio.) – Tendenz leicht steigend. Damit ist die Selbstversorgung gut gedeckt, bestätigt auch Dr. Johann SCHLEDERER, der Geschäftsführer von VLV und Börse.

Gehandelt wird aber in Österreich Fleisch von etwa acht Millionen Schweinen, von denen also drei Millionen aus Importen durch Ausfuhren untergebracht werden müssen. Die Einfuhr aus Bayern, 2014 waren es 602.000 Lebendschweine – 30 % mehr als 2013 – spielt die kleinere Rolle. Wöchentlich kommen also etwa 12.000 Schweine aus den sehr leistungsfähigen Mastbetrieben Niederbayerns.

Kurze Transportwege und die Österreicher bezahlen um 5–15 Euro mehr pro Schwein. Seit 2–3 Jahren sind es nur mehr eine Handvoll Schlachthofunternehmen, die wollen aber weiter wachsen und zur Auslastung weiterhin importieren.“

Abnehmer des Drei-Millionen-Importfleisches sind in erster Linie die Konsumenten in den Balkanstaaten, Tendenz steigend sowie Länder der ehemaligen Sowjetunion. (Ist das Russlandembargo für besonders gemästete Schweine und Abfälle wirklich der Hauptgrund für die sehr ernststen Probleme am Schweinesektor?)

Im März 2015 war eine hochrangige Delegation, mit Bundespräsident FISCHER an der Spitze, auf Staatsbesuch in China. Minister RUPPRECHTER war auch dabei und sieht große Marktchancen für österreichische Produkte. Die Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln steige ständig. Das im Dezember 2014 auf Botschafterebene paraphierte Veterinärprotokoll von österreichischem Schweinefleisch, wurde bei diesem Besuch endgültig besiegelt. Vorerst waren nur Schweinehälften vorgesehen. Für Schweineohren und -pfoten, in China eine Delikatesse, muss ein eigenes Abkommen geschlossen werden. Noch mehr Chancen ortete RUPPRECHTER damals bei Milchprodukten und Käse, deren Lieferung bereits möglich war. (Aus „Agrarpost“ vom 31.3.2015) – Das war vor fünf Monaten! Offensichtlich unerfüllte Exporterwartungen.

Präsident SCHULTES im Sommergespräch

„Die Kammerzugehörigen können sich darauf verlassen, dass ihre gesetzliche Interessenvertretung mit großer Verantwortung und Zuversicht die Herausforderungen anpackt und mit aller Kraft für die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft einsteht. Im Mittelpunkt stehen dabei die bäuerlichen Familienbetriebe, die es auch in Zukunft zu stärken gilt. Gerade in Österreichs kleinstrukturierter Land- und Forstwirtschaft bilden die Familienbetriebe das Rückgrat des Agrarsektors. Zudem sorgen die Betriebe für einen dynamischen ländlichen Raum, der die Lebensqualität von uns allen garantiert.“ (BLW vom 24.7.2015 „Sommergespräch“ in Warth/NÖ)

2014 Einkommensminus von 5 Prozent!

Zum dritten Mal hintereinander weist der „Grüne Bericht 2014“ massive Einkommensverluste aus und das heurige Jahr wird diese schlimme Serie verlängern. 23.370 Euro je Betrieb und ganze 18.941 Euro je Arbeitskraft, **das sind 1.359 Euro je Monat brutto** für (hoch)qualifizierte Tätige in der Land- und Forstwirtschaft. Die Ursachen sind bekannt, verfallene Bauernpreise (Ausnahme Milch) und steigende Produktionskosten. Der – schon einberechnete – Anteil der öffentlichen Mittel liegt bei durchschnittlich 17.006 Euro je Betrieb. Gegenüber dem Dreijahresmittel 2011/13 wird im Bericht sogar ein Minus von sieben Prozent festgestellt. – Und was geschieht?

Unterwerfung der Politik unter Technologie und Geld!

Hart geht Papst Franziskus mit Politik und Wirtschaft ins Gericht in seiner Enzyklika „Laudato si“.
„Niemals haben wir unser gemeinsames Haus so schlecht behandelt und verletzt wie in den letzten beiden Jahrhunderten. **Die Unterwerfung der Politik unter die Technologie und das Finanzwesen** zeigt sich in der Erfolglosigkeit der Weltgipfel über Umweltfragen. **Die Rettung der Banken um jeden Preis, indem man die Kosten dafür der Bevölkerung aufbürdet**, ihnen den festen Entschluss das gesamte System zu überprüfen und zu reformieren, **unterstützt eine absolute Herrschaft der Finanzen.** Diese besitzt keine Zukunft und kann, nach einer langwierigen, kostspieligen scheinbaren Heilung nur neue Krisen hervorrufen. Der Rhythmus des Konsums, der Verschwendung und der Veränderung der Umwelt hat die Kapazität des Planeten Erde derart überschritten, dass der gegenwärtige Lebensstil nur in Katastrophen enden kann.“ So wie Johannes XXIII. in seiner Sozialenzyklika, hat auch Franziskus die Jugend und die Benachteiligten – auch die Bauern – aufgefordert sich zusammenzuschließen und ein gerechteres Modell der Weltwirtschaft angemahnt.

„Der Familienbetrieb ist ...

... die stärkste Organisationsform, die wir überhaupt in unserer Wirtschaft haben. Wo ein Bauernverband politisch gesponsert wird ist er tot, wenn die Regierung abgewählt wird“, sagte der frühere DBV-Präsident Gerd SONNLEITNER, der heuer UN-Sonderbotschafter für das „Internationale Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe“ ist. (BLW 9.1.15)

BURGENLAND:

DER PRÄSIDENT ZUR GETREIDEERNT

Anfangs Juli nahm LK-Präsident HAUZINGER zur begonnenen Getreideernte Stellung und beurteilte diese folgendermaßen: Die Wintergerstenernte ist weitestgehend abgeschlossen mit durchschnittlichen Erträgen und ebenso durchschnittlicher Qualität. Die Hauptgetreidefrucht ist jedoch Weizen und hier ist mit einer geringeren Ernte zu rechnen, weil die Körner auf Grund der Trockenheit und Hitze stark eingeschrumpft sind.

Erfreulicherweise ist die Prognose des Herrn Präsidenten nicht eingetroffen. Oftmals war es schon anders mit voreiligen Vorhersagen einer guten bis sehr guten Ernte, die aber dann nicht eintraf und von den Medien in überwiegender Mehrheit auch gar nicht mehr richtiggestellt wurde. Bauern, Bäuerinnen die mit dem Erntergebnis dann natürlich nicht zufrieden waren und dies öffentlich äußerten, waren dann wieder „die üblichen Jammerer“.

Da überregional geringere Ernten erwartet werden, so damals der Präsident, könnten die Getreidebauern mit höheren Erzeugerpreisen rechnen. Davon ist sehr bedauerlicherweise bis dato kaum etwas zu bemerken. – Aus derzeitiger Sicht, nach Abschluss der Getreideernte kann man, trotz all der Wetterkapriolen, von einer durchschnittlichen Erntemenge ausgehen. Die Qualitäten sind jedoch sehr unterschiedlich. Trockenheit und Hitze haben heuer die Erntearbeiten sehr beschleunigt und für die draußen Arbeitenden nicht gerade zum puren Vergnügen gemacht.

Dieser trockenheiße Jahrhundertssommer hat aber sehr negative Auswirkungen auf die Herbstfrüchte, wie Mais, Sonnenblumen, Soja etc. Auf trockenen Lagen ist bereits mehrheitlich Totalschaden durch Dürre eingetreten. Dies war der Stand Ende Juli und die Trockenheit und Hitze hielten weiter an, ohne Sicht auf Änderung.

DAS PROJEKT „BERTA“

BERTA ist die Abkürzung für „Burgenländische Einrichtung zur Realisierung Technischer Agrarprojekte“ und ist mit Ende Juni, nun mit einer Vielzahl von Naturschutzmaßnahmen zu Ende gegangen. Jene Bauernbetriebe die mit ihren Flächen an den verschiedenen Maßnahmen teilgenommen haben, hängen nun aber völlig in der Luft, weil sie nicht wissen wie es weitergeht. Dadurch, weil absolut nicht bekanntgemacht wird, ob das Projekt weitergeführt oder neu aufgestellt wird, ist jegliche Anbauplanung für 2015/16 unmöglich. Ein an sich „unmöglicher Zustand“ für einen naturabhängigen lebenswichtigen Wirtschaftszweig. Doch von Frau Agrarlandesrat Verena DUNST ist weit und breit weder etwas zu sehen noch zu hören. Wie sagte doch der Herr Landeshauptmann NIESSL sinngemäß: „Wir haben eine höchst effiziente neue Landesregierung“.

TIEFE STILLE UM DEN UHUDLER

Um den Direktträger-Wein UHUDLER, ein besonderes Thema in der Wahlwerbung zur heurigen Landtagswahl vom Mai, ist es urplötzlich – aber keineswegs ganz unerwartet – wieder ganz still geworden. Er teilt damit das Schicksal so vieler „wichtiger“ Wahlthemen, die nur VOR der Wahl für politische Parteien interessant sind. Zweck erfüllt und AUS. Man könnte den Eindruck gewinnen dieses Thema sei sanft entschlafen, aber dem ist nicht ganz so.

Weil auf neuen Flächen dafür Absperrungsverbot besteht, haben jene Winzer Rodungsbescheide und Verwaltungsstrafen bis zu 3.500 Euro aufgebremst bekommen, die im Vertrauen auf gemachte Wahlversprechen illegal ausgepflanzt haben. Laut Aussage der Behörde bringt eine mögliche Gesetzesänderung im nächsten Jahr, 2016, den bestraften Winzern gar nichts. Als mögliches Rechtsmittel bleibt ihnen lediglich eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof.

FRITZ MEIXNER

NIEDERÖSTERREICH:

INFORMATIONSVORANSTALTUNG ZU TTIP

Am 13. Juli, also vor Kurzem, luden die Bauernbund-Bäuerinnen im Bezirk Amstetten zu einem Informationsabend zum Thema „Freihandelsabkommen TTIP“ nach Wallsee-Sindelburg ein. Als Vortragende kamen NR Ing. Hermann SCHULTES, der Präsident der LK-NÖ sowie Mag. Andreas GEIERLEHNER, der Bezirksstellenleiter der Wirtschaftskammer Amstetten.

Beide bemühten sich redlich die Vorteile eines TTIP-Abschlusses größer ausschauen zu lassen, als dessen Nachteile. Die dazu gebrachten Beispiele waren jedoch für das größtenteils bäuerliche Publikum wirklich ziemlich uninteressant. Da wurde zum Beispiel berichtet von der „Angleichung der Qualitätskriterien bei Austern“, oder „der farblichen Anpassung der Erdungsdrähte bei Elektroinstallationen“. Wesentlich interessanter war da schon die Bekanntgabe jener Internetadresse, unter der die Verhandlungstexte nachgelesen werden können. Sie lautet:

http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/index_de.htm

In der anschließenden Diskussion bekamen die Referenten heftigen Gegenwind seitens der Anwesenden aus einem überfüllten Saal zu spüren. Sehr mit Recht sind Herr und Frau Österreicher sehr misstrauisch gegenüber politischen Aussagen und Versprechen. So wurden unter anderem all jene „wunderbaren“ Versprechen in den damaligen EU-Beitritts-Werbeveranstaltungen wieder in Erinnerung gerufen, die offensichtlich nur „Versprecher“ waren, nie umgesetzt und Realität wurden.

Kaum eine Wortmeldung aus dem Publikum sprach sich für TTIP aus und auch die Beantwortung der gestellten Fragen durch die Referenten ließ die Stimmung nicht umschlagen. – Nach der offiziellen Beendigung dieser Veranstaltung wurde noch in kleinen Runden bis spät in die Nacht weiterdiskutiert.

Ist es nicht sonderbar, dass sich gerade auch Spitzenvertreter der Landwirtschaft, die sich aktive Bauern und Bauernvertreter nennen, so für einen Abschluss dieses Freihandelsabkommens einsetzen, wo doch gerade jetzt die „teuren Probleme“ einer „Agrarproduktion für den Weltmarkt“ überdeutlich sichtbar werden? Sichtbar, finanziell spürbar bis existenzbedrohend, schon für viele aktive Bäuerinnen und Bauern! Wer vertritt denn eigentlich noch tatsächlich Bauerninteressen? Brachten etwa Agrarexporte VOR dem Russlandembargo den Erzeugern – der Bauernschaft – faire, kostengerechte Erzeugerpreise?

ALOIS FRÖSCHL / (GENO)

ZWEI „ALTERNATIVEN NACH ENDE DER MILCHQUOTE“

In der Juni/Juli-Ausgabe brachte „Blick ins Land“ eine Stellungnahme des höchstrangigen Milchbauern Europas, Hansel RAYMOND, zum „Milchmarkt nach dem Quotenende“. RAYMOND ist Vorsitzender der „Arbeitsgruppe Milch“ innerhalb der COPA, dem Zusammenschluss der maßgeblichen Bauernorganisationen innerhalb Europas. Er bewirtschaftet gemeinsam mit seinem Bruder einen Betrieb mit 600 Kühen und 1.400 Hektar Land im englischen Wales.

Seine wichtigsten Aussagen kurz zusammengefasst lauten folgendermaßen:

- Die Wettbewerbsfähigkeit aller europäischen Milchbetriebe ist eine Notwendigkeit.
- Europa ist wettbewerbsfähig wenn wir uns nicht wieder neue politische Hürden auferlegen und die Milchmenge künstlich beschränken.
- Die Absicherung der Milchproduktion im Berggebiet soll vor allem über Investitionsförderungen und zwar im Rahmen der „ländlichen Entwicklung“ erreicht werden.
- Wir brauchen dringend die Anhebung des Interventionspreises von derzeit 21 Cent.
- Für Länder mit kleinbäuerlichen Strukturen ist das Genossenschaftssystem ein guter Garant, dass die Bauern Zugang zum Markt erhalten.

Für den einflussreichen Briten hat offensichtlich eine „wettbewerbsfähige“, das heißt eine auf kostengünstige Mengenproduktion ausgerichtete Milchwirtschaft einen höheren Stellenwert, als die Erhaltung der noch vorhandenen bäuerlichen Milcherzeugerbetriebe.

Dies bedeutet in letzter Konsequenz: Mit dem Einverständnis höchster „bäuerlicher“ Interessenvertreter werden die EU-Bauern in einen gnadenlosen Ausscheidungs- sprich Konkurrenzkampf geschickt, in dem kleinstrukturierte Bergbauernhöfe – in benachteiligter Lage – mit Großbetrieben in Gunstlagen preislich konkurrieren müssen. Damit ist aber eine weitere (sinnlose und unverantwortliche) massive Dezimierung der Milcherzeuger und eine Verlagerung der Produktion, hin zu den Begünstigten vorprogrammiert. Das erklärte Ziel RAYMONDs, die Milchproduktion im Berggebiet über Investitionsförderungen abzusichern, wird allein schon deshalb nicht reichen, weil wohl viele Bergbauernbetriebe nicht mehr in eine höchst ungewisse und unsichere Zukunft werden investieren wollen. Es ist für mich als Bergbauer nicht vorstellbar, wie ein krass einkommensbenachteiligter Berufsstand, dem man Einkommens-Chancen über faire, kostengerechte Erzeugerpreise verwehrt und damit dessen unbestrittene Qualitätsarbeit diskriminiert, allein mit politisch gesteuerten, stets änderbaren Investitionsförderungen eine wirtschaftlich und menschlich gesunde Zukunft sichern will.

Die bessere „österreichische“ Alternative

In der „IG-Milchpost“ wurde jüngst ebenfalls ein Modell für die Zukunft der Milch(bauern), nach Quotenende vorgestellt. Für Österreich, mit der Bezeichnung „Faire Milch Pakt“. Dieses Modell stellt im Gegensatz zu den Vorstellungen RAYMONDs, die Existenzsicherung der Milcherzeuger, auch der „Kleinen“, in den Vordergrund.

Der Kerninhalt dieses besteht aus einer Branchenvereinbarung, die jedem Milchbauern für die ersten 65.000 angelieferten Liter Milch, einen garantierten Mindestpreis sowohl für konventionell als auch biologisch erzeugte Milch sichert. Wobei sich dieser Mindestpreis an einer Vollkostenrechnung orientiert. 65.000 Liter deshalb, weil dies – bei NOCH rund 31.000 Milchbauern – in etwa dem Inlandsverbrauch entspricht. Für jene angelieferte Milchmenge die über 65.000 Liter hinausgeht, ist eine Preisvereinbarung auf Basis der jeweiligen Milchsituation die Grundlage.

In Summe betrachtet würde dieses Modell auch zur vielfach gewünschten Extensivierung der Milcherzeugung führen (und dem Staat jede Menge Geld ersparen). Die Flächenausstattung für die Basis-Milch ist praktisch überall gegeben und eine Intensivierung der Produktion hätte nur betriebswirtschaftliche Nachteile, heißt es abschließend in diesem, sicher diskussionswürdigen IG-Milch-Artikel.

ERICH ZAHNT

Gegenargumente werden sicher kommen – aber ...

Das Gegenargument zum IG-Milch-Modell wird sicher lauten, dass dies bei offenen Grenzen und einem globalen Freihandel nicht möglich und eine pure Illusion ist. Wäre es aber nicht hoch an der Zeit sich darüber Gedanken zu machen was ein unregelter Welthandel, was völlig ungleiche Wettbewerbsbedingungen – allein schon innerhalb der EU – durch völlig unterschiedliche Produktionskosten, schon jetzt für negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft (auch weltweit) und den Bauernstand haben? Setzt sich diese Entwicklung so fort – und es sieht ganz danach aus – werden Teile der landwirtschaftlichen Produktion und der Großteil der bäuerlichen Betriebe diesen ungleichen Wettbewerb nicht durchhalten.

Zwar gibt es, wie zu erfahren war die EU-Regelung, dass Importe welche die Existenz ganzer Branchen in ihrer Existenz gefährden, vermindert, erschwert oder auch ausgesetzt werden können, doch wird man wohl mit der Lupe suchen müssen, wann und wo dies je im Bereich Landwirtschaft und Ernährung geschehen ist. Als sich einst die Landmaschinenbranche gegen Dumpingimporte verwehrt ist dies nämlich sehr wohl erfolgt.

Bleibt letztlich noch zu fragen: „Sind denn Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität nicht mehr notwendig?“ Kann mir jemand dann erklären wie vermehrte Regionalität sich verwirklichen lässt? Oder ist auch das nur eine Wortspende in Vorwahlzeiten? Aber wir erleben es doch mit – z.B. im Fernsehen – wie Staaten, die leichtfertig auf eine, den Inlandsbedarf sichernde produktive Landwirtschaft verzichteten, nun mit Hunger und einer Vielzahl weiterer Probleme zu kämpfen haben. Oder, muss man etwa ohnehin schon davon ausgehen, dass die Politik nichts mehr zu entscheiden hat weil Multikonzerne und Hedge-Fonds das Sagen haben?

GENO

DIE BISHERIGEN AUSZAHLUNGSTERMINE HALTEN NICHT!

Nun auch das noch! Den aktiven Bäuerinnen und Bauern bleibt für 2015 wirklich gar nichts mehr an Unerfreulichem, das Wirtschaften Erschwerendem und finanziell Belastendem erspart. In der Augustnummer von „Die Landwirtschaft“, dem Informationsblatt der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer steht wörtlich folgendes:

... „Aus heutiger Sicht ist eine VOLLSTÄNDIGE Auszahlung der Direktzahlungen der „1. Säule“ und der Ländlichen Entwicklung (ÖPUL und AZ), unter Einhaltung der EU-rechtlichen Vorgaben im Kalenderjahr 2015, faktisch nicht möglich. Seitens der BMLFUW und der AMA wird daran gearbeitet, die **Auszahlung des nationalen Anteiles im Umweltprogramm** (ÖPUL) und in der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AZ), jedenfalls im Jahr 2015 in Form einer Aktionierung (bis maximal 50 %) durchzuführen.

... **Die Direktzahlungen der „1. Säule“ – sprich die einheitliche Betriebsprämie – können aus heutiger Sicht EU-konform NICHT im Dezember 2015 überwiesen werden.** Minister Andrä RUPPRECHTER versucht jedoch in Brüssel eine Ausnahmeregelung dahingehend zu erreichen, dass bei den Direktzahlungen – vor Abschluss aller EU-rechtlichen Formalvorgaben – eine Akontierung noch in diesem Jahr ermöglicht wird. ... Gerade heuer wären frühe Auszahlungen wichtig.

... Die spätere Auszahlung kann für Betriebe verschiedene Auswirkungen haben. Da für das Antragsjahr 2016 wieder gewohnte Auszahlungstermine geplant sind, erfolgen 2016 praktisch zwei Zahlungen in einem Jahr. Das heißt: Die Auszahlung für 2015 im Jahr 2016 ist im Einkommenssteuerbescheid 2015 – allenfalls durch Berichtigung – zu berücksichtigen.

Bezüglich Berücksichtigung der Direktzahlungen der „1. Säule“ im Rahmen der Einheitswert-Hauptfeststellung, wird derzeit an einer entsprechenden Regelung gearbeitet. ... **Die Zahlungen kommen fix, verspäten sich aber.** Daher werden die Banken sicherlich gemeinsame Lösungen anbieten. Zu empfehlen ist, rechtzeitig den Kontakt zu suchen. Bei akuten Liquiditätsproblemen kann im Einzelfall – über den rechtzeitig eingebrachten Antrag – eine Stundung der SVB-Beiträge erfolgen.“

SALZBURG:

UND WIEDER DIE MUTTERKUHBEREIBE!

Das kann man sich wiederum nur mit Bäuerinnen/Bauern leisten! Im neuen ÖPUL wurde die Mutterkuhprämie den Mutterkuh-Betrieben bis 2020, im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedsstaaten, ersatzlos gestrichen. Das wurde gerade diesen, wunschgemäß extensiv produzierenden Biobetrieben ohne Wenn und Aber auferlegt. Vom Bauernbund ausverhandelt und diktiert, ganz nach dem Motto „friss oder stirb“, wiewohl es national andere Möglichkeiten gegeben hätte und auch erlaubt waren.

Die Folgen sind meiner Meinung nach gravierend. Bereits 20 Prozent der Mutterkuhbetriebe gaben seither auf. Den verbleibenden bleibt gar nichts anderes übrig als zu intensivieren, um mit den steigenden Betriebsmittelpreisen, den Produktionskosten insgesamt, fertig zu werden. Anscheinend haben noch immer zu wenige aufgehört? Denn wie sonst ist zu erklären, dass wieder einmal die Mutterkuhbetriebe rückwirkend zur Kassa gebeten werden.

Schuld ist wieder einmal die EU?

Nach Genehmigung des österreichischen ÖPUL-Programms durch die EU im Herbst 2014, also noch vor den Landwirtschaftskammerwahlen in Oberösterreich, Salzburg und Tirol, versprach man den österreichischen Bäuerinnen und Bauern, dass sie nun Planungssicherheit bis 2020 hätten. Acht Monate später, ganz zufällig erst nach dem Almauftrieb, ließ man nun die Katze aus dem Sack und die Mutterkuhbetriebe wieder einmal ins offene Messer rennen. Erst als die Bauern ihre Kühe auf der Alm hatten, rückten unsere Vertreter damit heraus, dass beim Almauftrieb auch nur EINER MUTTERKUH, die Mutterkuhbetriebe für ihre gesamten Mutterkühe, noch einmal 65 Euro je Kuh verlieren.

So sieht die heftig angepriesene, angebliche Planungssicherheit für uns Bauern bis 2020 aus. Hagel, extreme Hitze, Trockenheit und die damit verbundenen Ernteauffälle scheinen des Schlimmen noch nicht genug zu sein. Für ständig weitere, sinnlose und hausgemachte Schwierigkeiten und Probleme sorgen schon unsere Bauernvertreter immer wieder selber.

GERÄT DIE WELT AUS DEN FUGEN?

Täglich strömen Massen von Flüchtlingen – fast aus der ganzen Welt – nach Europa. An allen Ecken und Enden scheint Krieg zu herrschen. Medial totgeschwiegen wird, dass ganz still und heimlich viele Länder durch die Lieferung von Waffen, Munition und Kriegsgerät in diese Krisengebiete die Sache noch verschlimmern und ganz nebenbei damit auch noch ein unglaubliches Geschäft machen. Täglich werden wir mit neuen Horrormeldungen überhäuft und auch überfordert. Täglich vernehmen wir aus den Medien, dass die Arbeitslosenzahlen im eigenen Land ständig steigen und täglich strömen neue Flüchtlinge in unser schönes Land. Das erzeugt natürlich bei vielen Österreichern große Verunsicherungen und viele von uns sind verständlicherweise damit überfordert, haben Angst um die eigene Zukunft und die ihrer Kinder. Ich meine das ist eine ganz natürliche Reaktion, wenn sich in kurzer Zeit zu viele verschiedene Nationen in einem Land vereinen.

In Kuchl zogen kürzlich 138 Asylanten aus 17 verschiedenen Nationen, für einen Monat in unsere Holzfachschule ein. Es gab keine Probleme mit den 138 freundlichen jungen Männern. Für teilweise Verwirrung sorgte aber natürlich, dass sie mit den modernsten Handys oder mit Tablets filmend durch den Ort zogen. Bis nach Europa schaffen es eben nur Flüchtlinge, die über gewisse finanzielle Mittel verfügen. Doch eine ganze Gemeinde fragt sich natürlich: „Und was passiert mit diesen Flüchtlingen wenn dieser Monat vorüber ist?“

Völlig überforderte Politiker!!

Nicht nur die Massen von Flüchtlingen machen den Menschen Angst, sondern auch unsere Politiker, wie auch viele andere in Europa, die scheinbar hilflos, ratlos und total überfordert dem „Problem Flüchtlinge“ gegenüberstehen. Meines Erachtens liegt der Grund ihrer Überforderung darin, dass es für das Flüchtlingsproblem noch keine Lobbyisten mit prall gefüllten Geldkoffern gibt, die ihnen sagen was sie zu tun haben. Denn auf jene die davon etwas verstehen und mit solchen Situationen umgehen können, scheinen sie ja nicht zu hören. Haben heutige Politiker nicht geübt, wie sie auch ohne Lobbyisten Entscheidungen treffen können? Wie sonst kann es sein, dass nach wie vor viele Zelte die Lösung für die Unterbringung der Flüchtlinge sind, ganz so als ob heuer der Winter bei uns ausfallen würde.

„NICHT GANZ ZUFRIEDENSTELLEND, ABER HALBWEGS STABIL“

Laut LK-Präsident ESSL haben jene Schwarzmaler die einen Absturz des Bauernmilchpreises nach Abschaffung der Milchquote voraussagten, wieder einmal nicht Recht gehabt. Der Bauernmilchpreis sei, so Präsident ESSL in der LK-Vollversammlung im heurigen Juni „nicht ganz zufriedenstellend, aber halbwegs stabil“. Nun, zwei Monate später brennt in ganz Europa bei den Milchbauern der Hut. Milchauszahlungspreise zwischen 24 und 32 Cent netto für Standardmilch, also für 90 Prozent der erzeugten Milch, sind zur Realität geworden. Allein die Milcherzeugungskosten sind bei fast allen Milchbauern höher als diese Auszahlungspreise. Dabei, glaubt man den jüngsten Aussagen von Marktexperten, ist das Ende der Fahnenstange NOCH NICHT erreicht. Wütende, demonstrierende Milchbauern in vielen Staaten Europas gehören zur Tagesordnung. Nun ist der Milchpreisverfall für die Milchbauern auch bei unserer Bauernbund-Bauernvertretung angekommen, aber die kolportierten Gegenmaßnahmen schauen in etwa so aus, wie jene zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems.

Der Minister reißt sich den A... auf...

... für neue Exportchancen und er ist guter Dinge – „so wahr mir Gott helfe“. Vor allem Asien ist für ihn und für all jene in all den Ländern, die nun einmal zu viel Milch produzieren, eine interessante, eine Top-Adresse. Denn laut unserem Minister RUPPRECHTER sind unsere gentechnikfreien Qualitätserzeugnisse in der ganzen Welt gefragt. – Fragt sich bloß zu welchem Preis.

Denn schaut man einmal über die Grenzen Österreichs hinaus, bemerkt man sehr schnell, dass unsere hochqualitativen Produkte überall billiger sind als im Heimatland Österreich. Beste gentechnikfreie „Gmundner Milch“ ist zur Zeit in Slowenien um 69 Cent der Liter erhältlich. Besten österreichischen Käse – gentechnikfrei – verschleudern wir im Export das Kilo teilweise um drei Euro und darunter. Gentechnikfreies Joghurt war heuer schon auf spanischen Urlaubsinseln um 50 % billiger zu haben als der Becher NICHT gentechnikfreies Joghurt von Danone. Die Liste ließe sich fortsetzen. Bei solchen Exporterfolgen unserer Molkereien und unserer Politik kann ja nur ein sinkender Bauern-

milchpreis herauskommen. Denn das Aufteilungsspiel ist auch nach dem Quotenende dasselbe geblieben: „Was am Ende der Kalkulationen übrig bleibt, das ist der Bauernanteil, mit dem müssen sich die Milchbauern zufrieden geben!“ Das ist ganz so wie in der Natur, der Stärkere siegt. Wird ein Tier gerissen dann fressen sich zuerst die großen Raubtiere satt und der Schwächste bekommt eben nur mehr das, was übrig bleibt. Das ist in der Regel nicht mehr viel. Das ist zwar ein Naturgesetz, nur mit einer ökosozialen Wirtschaft mit den Zielvorgaben im Landwirtschaftsgesetz, hat all das rein gar nichts mehr zu tun. Dass christliche Politiker aller Farben, trotz der Sozialenzyklika von Papst Johannes XXIII. und jener, erst jüngst veröffentlichten von Papst Franziskus, tatenlos zusehen, zeichnet sie als ganz besondere Christen aus.

Kommt ihrem Ziel immer näher

Es widerspricht allen gegebenen politischen Beteuerungen und ist für mich unverständlich, wird aber leider Realität. Offensichtliches Ziel der Landwirtschaftspolitik ist es, in nächster Zukunft mit nur mehr etwa 10.000 Milchbauern mehr Milch zu produzieren als derzeit. Und so mancher Milchbauer lebt in dem Irrglauben, dass es ihm dann besser gehen werde. Die „Großen“ von heute sind die „Kleinen“ von morgen, da braucht man nur in die USA oder nach Neuseeland schauen!

Landläufig kursiert ohnehin schon die Meinung, dass es jenen „Bauern“ am besten geht, die sich selber von der landwirtschaftlichen Produktion verabschiedet haben. Sie kassieren vielfach gute bis sehr gute Pachtpreise, sind befreit von jenen drückenden Sorgen und Problemen, welche die Aktiven heute tagtäglich belasten und genießen jene wohlverdiente Freizeit, die sie vorher nicht hatten. Ich hoffe, dass wenigstens jene Milchbauern welche das Quotenende schon lange herbeisehten, um endlich am freien Markt so richtig mit der eigenen Produktion loslegen zu können, jetzt rundum glücklich sind.

Mein Motto ist aber unverändert immer noch: „Manchmal ist Weniger mehr!“ Vor dem EU-Beitritt, das ist gerade 20 Jahre her, war noch für 90.000 Milchbauern Platz. In Zukunft sollte doch für die noch verbliebenen 30.000 Milchbauern ein Bedarf sein und wenn schon alle anderen Argumente nicht mehr zählen sollten, dann allein schon im Hinblick auf die bedenkliche Arbeitsmarktsituation. Ich bleibe dabei – und weiß, dass ich damit nicht allein bin – „Wachsen und Weichen“ erzeugt nur Probleme und ist absolut keine gute Lösung.

GEORG ESSL

„SalzburgMilch“ sieht Chancen in Asien

Wegen der miserablen Milcherzeugerpreise bei Standardmilch hat LK Präsident ESSL Ende Juli Landwirtschaftsminister RUPPRECHTER zu einem Gespräch in die „SalzburgMilch“ eingeladen. „Der Bauernmilchpreis sei weit entfernt von dem was das Produkt wert ist. Die heimischen Bauern erzeugen unter strengen Auflagen höchste Qualität und wollen – wie alle anderen auch – für ihre Arbeit entsprechend entlohnt werden.“

Der Geschäftsführer der SalzburgMilch, Christian LEEB, betonte gegenüber dem Minister im neuen Käse-Werk 2 in Lamprechtshausen (voll automatisiert und teuer), man müsse in den Markt hineinhorchen und Chancen erkennen, die er in Asien sehe.

Minister RUPPRECHTER lobte diese Initiativen der SalzburgMilch und teilte mit, dass über sein und anderer EU-Landwirtschaftsminister Drängen, am 7. September ein Sonder-Agrarministerrat abgehalten wird. Vorrangiges Thema ist die europaweit triste Lage am Milchmarkt. Im Herbst wolle er dann Absatz-Chancen am amerikanischen Markt ausloten. In Österreich solle das AMA-Marketing seinen Schwerpunkt auf Milcherzeugnisse konzentrieren. (Quelle BLW vom 31. Juli d.J.)

STEIERMARK:

LOHNT SICH DAS RISIKO NOCH?

Landwirtschaft ist unternehmerisch gesehen sicher der risikoreichste Wirtschaftsbereich, denn die absolute Abhängigkeit von der Natur ist nicht beeinflussbar. Das mussten meine Kollegen und ich wieder einmal Mitte August nach einem Hagelunwetter mit all den enormen Schäden erleben und zur Kenntnis nehmen. In die Obstanlagen und die Weinkulturen wurde bereits sehr viel an Hirnschmalz, Arbeit, Pflanzenschutz u.a. vorinvestiert und dazu kommen noch sehr hohe Kosten für Maschinen und

solche für Arbeitskräfte. Und in nur wenigen Minuten ist alles kaputt, alle Arbeit und Mühen umsonst, bis hin zu einem Totalausfall der Ernte und – bei Obstanlagen mit Langzeitschäden am Holz.

Für viele Bäuerinnen und Bauern und gerade für die jungen Hofübernehmer ist es eine moralische Herausforderung nicht zu fragen, ob sich denn dies alles noch lohnt. Die viele Qualitätsarbeit, das hohe Risiko. Ist der Beruf Obstbauer vielleicht ohnehin schon vom Aussterben bedroht? Die neu errichtete Fachschule für Obst- und Weinbau in Silberberg, konnte für das kommende Schuljahr nur mehr fünf Schüler gewinnen. Wer von diesen wird aber dann auch ein Obstbauer werden? Wer von den derzeit 1.700 Obstbauern bleibt übrig bei solch geringen Schülerzahlen? Denn hochgerechnet wäre dies nur mehr der Nachwuchs für 200–250 Obstbau-Spezialbetriebe!

Kein Plan, keine Vorausschau – nichts!

Für eine gute Betriebsstruktur für die Sicherung der Inlandsversorgung braucht es doch einen Plan. Sollte man da keine Aufstellung darüber machen welche bäuerlichen Betriebe noch Hofnachfolger haben und weitergeführt werden? Wer seinen Betrieb erweitern will, oder ans Aufhören, ans Tore schließen denkt? Wäre dies nicht eine Möglichkeit damit der Öffentlichkeit klipp und klar vor Augen zu führen wie es tatsächlich um die Bauern steht, um IHRE Regionalversorger? Brauchen wir alle etwa nicht mehr 5–10 oder 20 Jahre vorausschauen? Ist es gar nicht wichtig nachzufragen wie fit unsere Bauernhöfe sind? Auch wie überaltert? – Manchmal kann ich mich des Gefühls nicht erwehren, dass wir schon am Weg zur industrialisierten Landwirtschaft sind, die so manche ganz bewusst anstreben.

Es kann ja nicht gut gehen wenn der Verkaufserlös dessen was am Bauernhof erzeugt wird, nicht einmal mehr die Produktionskosten deckt. Politisch gesteuerte Förderungen und Ausgleichszahlungen sollen die Betriebe unterstützen um das ÜBERLEBEN zu ermöglichen. Kein Ansporn für die Jugend den Hofnachfolger abzugeben! Ich frage mich, sind denn dadurch, durch finanzielle Almosen, überhaupt noch unsere Bauernhöfe als zukunftsfähige Unternehmen zu retten? Auch im Wissen, dass diese Ausgleichszahlungen für Leistungen im Interesse der Allgemeinheit, ganz offiziell als SUBVENTIONEN (in „Grüner Bericht“), also als Steuergeschenke an die Bauernschaft betitelt werden und wie angekündigt, ständig gesenkt werden?

Ich fühle mich von der Politik und meiner beruflichen Interessenvertretung im Stich gelassen. Ein Beispiel dafür ist die neue Einheitswert-Hauptfeststellung in Zeiten wie diesen, wo wir vier Jahre hintereinander schwere Einkommensverluste ohne wirksame Einkommenshilfe hinnehmen müssen. Aber wir dürfen zuschauen, wie selbst Beschäftigten in nicht produktiven Berufen, zumindest die jährliche Inflationsrate voll abgedeckt wird.

HANS HERBST – OBSTBAUER

„CONVIS“ NUTZBAR FÜR HOF UND POLITIK

Der UBV will das in Luxemburg entwickelte „CONVIS“ auch für heimische Bauern/Landwirte nutzbar machen, denen ein nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Agrarpolitik ein echtes, dringendes Anliegen sind. Die bisher vom UBV organisierten Infoveranstaltungen, Einführungen und Einschulungen in dieses Programm verliefen mit breiter Zustimmung. Es kann, auch nachfolgend, mit Zahlen belegt werden, dass es um sehr viel geht, für jeden Betrieb, für jedes Unternehmen „Bauernhof“.

Es geht um:

- Finanzielle Aufwertung unserer nachhaltigen Produktionsweisen auf sachlicher Basis.
- Gerechtere Verteilung der Agrarmittel bei einer Produktion mit „Umwelthintergrund“.
- Abgrenzung zur landwirtschaftlichen Massenindustrie, die nur scheinbar billige Produkte schafft, weltweit aber großen Schaden anrichtet.
- **Das CONVIS-System ist einfach und flexibel und für alle Betriebe in allen Ländern geeignet.**
- Es bringt die echten Fakten auf verständliche Weise in Zahlen auf den Tisch.

Was bisher am meisten überraschte war:

- Dieselequivalente (= der gesamte Aufwand wird hier eingerechnet) in Luxemburg zeigen einen durchschnittlichen Aufwand von 800 Liter Diesel pro Hektar und Jahr.
- Die Grundfutterleistung ist aber nur 3.300 Liter Milch je Hektar.
- Bei einem Preis von 30 Cent bleiben also weniger als 200 Euro je Hektar als Verdienst.
- Auch große Milchbauern in Luxemburg schwitzen und schreiben rote Zahlen.

- Das notwendige „Resteiweiß“ auf 7.200 Liter Milch/Kuh/Jahr wird importiert, wächst in Übersee.
- Es geht also nicht ohne beträchtlichen Futterzukauf am Weltmarkt.
- Die Rindermast ist derzeit unrentabel (und wird es bleiben auch mit TTIP).

Wie liegen wir? (vorläufige Ergebnisse):

- Erste Ergebnisse zeigen eine bessere Grundfutterleistung und weniger Zukauf.
- Also weniger Dieseleinwerte durch geringeren Zukauf und nicht industrialisierte Landwirtschaft.
- Hierzulande wird mehr nachhaltig gewirtschaftet.
- In Wien bei der BIOFORSCHUNG läuft ein Vergleich der verfügbaren Öko-Bilanz-Systeme.
- Das CONVIS-System zeigt entscheidende Vorteile gegenüber allen anderen Methoden.

Mitte September werden alle EU-Agrarminister in Luxemburg sein und dort wird ihnen das System „Convis“ von DI Rocco LLOY vorgestellt. Wir müssen darauf drängen, dass in der gesamten Landwirtschaft die ökonomischen und die ökologischen Aspekte eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Wir sollten besonders beachten was es uns Bauern/Bäuerinnen wert ist, aufzuzeigen, was die heimische Landwirtschaft leistet – auch für die Allgemeinheit – und wie wir unsere nachhaltige Produktion (von Massenware) abgrenzen können. Wir wollen dies offenlegen und mit Zahlen belegen und damit sinnstiftend den Mehrwert der heimischen Qualitätsproduktion beweisen. Auch, oder gerade gegenüber der Politik.

Wirkliche Problemlösungen, auch in Richtung dauerhafte Nachhaltigkeit, können nur durch eine Reform der Agrarpolitik auf der Grundlage fairer, kostengerechter Erzeugerpreise sein und durch eine ehrliche Politik erreicht werden. Diese Reform müssen WIR – von uns aus – zunächst für Österreich anstoßen. Als zukunftsfähige Alternative zur umweltschädigenden Billigkonkurrenz und zwar auf der Basis hieb- und stichfester Daten und darauf unsere Forderungen aufbauen.

J. ILSINGER, DR. WENZL

OBERÖSTERREICH:

GEMEINSAM DEM PRÄSIDIUM „BEINE MACHEN“

Zu einer Sitzung der erweiterten Landesleitung am 9. August in Schallerbach, hatte Obmann Karl KEPLINGER auch die gewählten Kammerräte der anderen Minderheitsfraktionen eingeladen. Während die SPÖ-Bauern absagten, kamen die Vertreter der „Freiheitlichen Bauernschaft“ (FB), ÖR Ing. Franz GRAF und Alois GANGLMAYR sowie Clemens STAMMLER von den „Grünen Bäuerinnen und Bauern“.

Anlass für diese besondere Sitzung war die Absicht des UBV, **mit einem gemeinsamen Antrag, den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Oberösterreich zu veranlassen, innerhalb von 14 Tagen eine außerordentliche Vollversammlung einzuberufen**, weil sich die miserable Einkommenssituation der Bauernschaft im heurigen Jahr flächendeckend existenzbedrohend verschärft hat.

Nach den starken Einkommensverlusten von 2012 mit minus 7 Prozent (nachträglich auf –8 % korrigiert), 2013 mit minus sechs Prozent und 2014 mit minus fünf Prozent, auf die weder die Regierung noch das Landwirtschaftsministerium „helfend“ reagierten, haben Hitze, Dürre und insbesondere ein anhaltender Verfall der Agrar-Erzeugerpreise in fast allen Sparten im heurigen Jahr, zu einer überaus kritischen Situation geführt. Dazu kommen künftig, die schon angekündigte Erhöhung der landwirtschaftlichen Einheitswerte um durchschnittlich FÜNF Prozent, deren Zusendung ganz offensichtlich aus parteipolitischen Überlegungen zurückgehalten wird. Weiters machten anfangs August – von niemandem bestätigte – Aussagen die Runde, dass es im heurigen Herbst nur Akontierungen bezüglich einheitliche Betriebsprämie, ÖPUL und Ausgleichszulage (AZ) gibt. Noch etwas, das die ohnehin sehr angespannte Situation noch verschlimmert.

Bemerkenswert dazu ist folgendes: Mit Schreiben vom 7. Juli unter MSA 2015, hat die NÖ Landwirtschaftskammer über den Zeitplan der Auszahlungstermine informiert. Wer aller dieses Informationsschreiben erhielt ist derzeit noch nicht bekannt. Eine ausführliche und kommentierte Wiedergabe erfolgte NUR in der Augustausgabe der Informationszeitung der LK-NÖ „Die Landwirtschaft“. Es muss angenommen werden, dass davon ALLE Spitzenfunktionäre des Bauernbundes Kenntnis hatten, aber keiner von ihnen damit in die Öffentlichkeit ging. („Die Bauern deppert sterben lassen.“)

Nur recht lahme Aussagen bzw. überhaupt nur Schweigen seitens der „LK-Österreich“, wo doch massive Forderungen nach finanziellen Erleichterungen und nach einem Ersatz der negativen Auswirkungen des Russland-Embargos zu erwarten, ja eigentlich selbstverständlich wären. Weder an den Einkommensverlusten noch am Embargo ist die heimische Bauernschaft selber schuld. Was hier geschieht übersteigt einfach bei weitem die Grenzen des Zumutbaren, des Verkraftbaren!

Der UBV will dies nicht einfach hinnehmen, nicht gleich wie in Frankreich und Belgien zu Demos aufrufen, sondern vorerst einmal seinen parteihörigen obersten Interessenvertretern „Beine machen“, damit wirklich etwas geschieht. Dass er dafür bei den beiden anderen Minderheitsfraktionen volles Verständnis und Unterstützung fand, ist das besonders Erfreuliche.

GEMEINSAM Vollversammlung beantragt

Nach ausführlichem Meinungs austausch wurde am 9. August, gleich an Ort und Stelle, der gemeinsame Antrag formuliert. Darin fordern der UBV, die FB und die GBuB vom Präsidenten der LK-OÖ, unter Hinweis auf die massiven Einkommensrückgänge in den letzten drei Jahren, die Einberufung einer LK-Vollversammlung, die sich eingehend mit folgenden Themen befasst: ruinöse Erzeugerpreise in fast allen Sparten – Dürresituation und Auswirkungen – sowie finanzielle Unterstützung durch vorzeitige volle Auszahlung von Betriebsprämie, ÖPUL-Geldern und Ausgleichszulage.

Erforderlich für einen solchen Antrag ist die Unterschrift von sechs Landeskammerräten, worauf der Präsident innerhalb von 14 Tagen diese Vollversammlung einberufen MUSS. Mit den beantragten Tagesordnungspunkten. Dieser Antrag, der am 10. August dem Präsidenten übermittelt wurde, ist unterschrieben von den Landeskammerräten des UBV – Karl KEPLINGER, Hannes WINKLEHNER, ÖR Johann GROSSPÖTZL, Elfriede HEMETSBERGER und Klaus WIMMESBERGER – der „Freiheitlichen Bauernschaft“ von ÖR Ing. Franz GRAF und Alois GANGLMAYR sowie Clemens STAMMLER, dem Vertreter der „Grünen Bäuerinnen und Bauern“. Es haben also acht Kammerräte gemeinsam diesen Antrag eingebracht.

Präsidium missachtet Geschäftsordnung

Laut geltender Geschäftsordnung hätte diese Vollversammlung spätestens am 25. August stattfinden müssen. Präsident ÖR Ing. REISECKER berief sie aber für Freitag, den 4. September, ein. Eine, von der Vollversammlung beschlossene Geschäftsordnung ist für jedes Mitglied der Vollversammlung verbindlich. Es wird sicher einigermaßen spannend womit der Präsident diese Verletzung der Geschäftsordnung gegenüber den Antragstellern rechtfertigt. – In die Tagesordnung aufgenommen ist auch erstens der „Bericht des Präsidenten“ und als Punkt 3 die „Bestellung weiterer Ortsbauernausschuss-Mitglieder“.

EMPFEHLENSWERTE BÜCHER:

„**Landwirtschaft ohne Bauern**“ (Teil 2) mit dem Untertitel „Die Agrarlemminge“ von DI (HLFL) Wolfgang MÜLLER – Buschfeuerverlag – erhältlich im Buchhandel – Preis: 16,50 Euro. – Ein gut lesbares, agrarpolitisch überaus interessantes kleines Buch zur Europäischen Agrarpolitik und ihren negativen Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft. Neben einer kritischen Beurteilung, zeigt aber der Autor, jahrzehntelanger Praktiker und in der Steiermark beheimatet, auch Auswege durch schon lange anstehende echte Reformen in der Agrarpolitik auf.

Es gibt auch „**Landwirtschaft ohne Bauern**“ der Tragödie erster Teil mit dem Untertitel: „Die GAP ab 2014: Neuauflage eines agrarpolitischen Irrtums“.

„**Wasserkocher**“ – eine Sammlung heiterer, die Lachmuskeln strapazierender kurzer Mundartgedichte über Themen mitten aus dem Leben und tiefsinnig. – Der Autor, Leopold SCHÖLLHUBER (1963), ist Nebenerwerbsbauer in der Gemeinde Wilhering, vielgefragter Vortragender – auch Laienschauspieler. Dieses kleinformatige, 167 Seiten umfassende Büchlein ist das Richtige, um im schweren Alltag auf andere Gedanken zu kommen. Es ist erhältlich beim Autor unter: 07221/87290. – **Leseprobe:** „Unternehmungsgeist“ = Beim nirgends Mittoa, bin ih oiwei dabei.